

# Inhaltsverzeichnis

## *1. Teil*

<b>Einführung in das deutsche Lärmschutzrecht</b>	<b>23</b>
A. Lärm als schädliche Umwelteinwirkung .....	24
I. Schall als Immission im Sinne des § 3 Abs. 2 BImSchG .....	24
II. Die Eignung von Schall zur Herbeiführung von Gefahren, Nachteilen und Belästigungen nach dem Stande der Lärmwirkungsforschung .....	25
1. Die Schädlichkeit der Einwirkung im Rechtssinne .....	25
2. Die tatsächliche Schädlichkeit von Lärm nach den Erkenntnissen der Wirkungsforschung .....	27
a) Gesundheitsgefahren .....	27
b) Belästigende Wirkung von Schall .....	29
III. Zusammenfassung .....	30
B. Der Lärmschutz nach der bislang bestehenden Rechtslage .....	30
I. Die Gesetzgebungskompetenzen für den Lärmschutz .....	30
II. Industrie- und Gewerbelärm .....	32
1. Genehmigungspflichtige Anlagen .....	32
a) Quellenbezogener Lärmschutz bei genehmigungspflichtigen Anlagen .....	33
b) Lärmschutz durch Bauleitplanung .....	36
c) Steuerung im Einzelfall .....	38
2. Nicht genehmigungspflichtige Anlagen .....	39
a) Quellenbezogener Lärmschutz bei nicht genehmigungspflichtigen Anlagen .....	39
b) Lärmschutz durch Bauleitplanung .....	40
c) Steuerung im Einzelfall .....	40
III. Sport- und Freizeitlärm .....	41
1. Sportanlagenlärm .....	41
a) Quellenbezogener Schutz vor Sportanlagenlärm .....	41
b) Lärmschutz durch Planung .....	43
c) Steuerung im Einzelfall .....	43
2. Freizeitlärm .....	43
IV. Verkehrslärm .....	44
1. Straßen- und Schienenverkehrslärm .....	45
a) Produktbezogener Lärmschutz .....	45

b) Schutz vor Straßen- und Schienenverkehrslärm durch Planung ...	46
c) Steuerung im Einzelfall .....	48
2. Fluglärm .....	48
V. Die mangelnde Gesamtgeräuschbewertung im untergesetzlichen Regelwerk .....	50
VI. Die Lärmminderungsplanung nach § 47a BImSchG a.F. als Instrument flächenbezogenen Lärmschutzes .....	52
VII. Der verhaltensbezogene Lärmschutz nach den Immissionsschutzgesetzen der Länder .....	54
 <i>2. Teil</i>	
<b>Der innovative Charakter der Lärmminderungsplanung nach der Umgebungslärmmrichtlinie als Herausforderung für das deutsche Verwaltungsrecht</b>	58
A. Die Zielsetzung und die Regelungen der Richtlinie im Überblick .....	58
B. Der Managementansatz als Hauptinnovation der Richtlinie .....	59
I. Die allgemeine Bedeutung des Managementansatzes für den Lärmschutz .....	59
II. Der Managementansatz – ein Fremdkörper in der deutschen Verwaltungskultur .....	61
C. Die Einführung einheitlicher Bewertungsstandards .....	66
D. Die Vorbehalte gegen die Lärmminderungsplanung wegen hohen Verwaltungsaufwands und hoher Kosten .....	67
 <i>3. Teil</i>	
<b>Der Gang der Gesetzgebung</b>	70
A. Das gemeinschaftsrechtliche Zustandekommen der RL 2002/49/EG .....	70
I. Der Richtlinievorschlag der Kommission .....	70
II. Die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments und der Ausschüsse .....	71
III. Vom Gemeinsamen Standpunkt des Rates zum Vermittlungsverfahren und Inkrafttreten der Richtlinie .....	75
B. Die Umsetzung der Richtlinie in das mitgliedstaatliche Recht der Bundesrepublik Deutschland .....	78
I. Die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes .....	78
1. Der ursprüngliche Gesetzentwurf (BT-Drs. 15/3782) .....	79
2. Einwände gegen den Gesetzentwurf .....	81

Inhaltsverzeichnis	11
a) Einwände des Bundesrates und der Parlamentsopposition .....	82
b) Kritik aus Fachöffentlichkeit und Schrifttum .....	83
aa) Kritik des Arbeitskreises für Umweltrecht .....	83
bb) Der Gesetzentwurf des Arbeitskreises für Umweltrecht .....	86
cc) Sonstige Stimmen im Schrifttum .....	88
3. Einigung im Vermittlungsverfahren .....	91
II. Der Erlass der Verordnung über die Lärmkartierung (34. BImSchV) ....	92
1. Der Entwurf einer Verordnung über die Strategische Lärmkartierung (BR-Drs. 95/05) .....	93
2. Der Erlass der Verordnung über die Lärmkartierung (34. BImSchV) ..	94

#### *4. Teil*

<b>Gegenstand und Anwendungsbereich der Lärmminderungsplanung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz</b>	97
A. Die Regelungsstruktur des § 47a BImSchG .....	97
B. Das Verhältnis von § 47a BImSchG zu § 2 BImSchG .....	97
C. Der Begriff des Umgebungslärms als Gegenstand der Lärmminderungs- planung .....	101
I. Umgebungslärm als schädliche Umwelteinwirkungen? .....	102
II. Durch Aktivitäten von Menschen verursachte Geräusche .....	104
III. Geräusche im Freien .....	105
IV. Belästigender oder gesundheitsschädlicher Charakter .....	106
D. Die Begrenzung des Anwendungsbereiches .....	106
I. Die positiv umschriebenen Fallkonstellationen .....	107
1. Festlegung auf das Schutzgut Mensch .....	107
2. Die Festlegung besonders schützenswerter Gebäude und Gebiete ....	107
II. Die negativen Bereichsausnahmen des § 47a S. 2 BImSchG .....	110
1. Ausnahmeverordnung zugunsten der Landesverteidigung .....	110
2. Ausnahme des Lärms am Arbeitsplatz .....	113
3. Ausnahme für Lärm durch Tätigkeiten in der Wohnung .....	114
4. Ausnahme für Nachbarschaftslärm .....	115
a) Die Untauglichkeit des Nachbarbegriffs des Immissionsschutz- rechts zur Begriffsklärung .....	115
b) Der Begriff des Nachbarschaftslärms im Kontext der Lärmm- minderungsplanung .....	117
5. Ausnahmen für Bagatellkonstellationen .....	118
a) Selbst hervorgerufene Geräusche .....	118
b) Lärm in Verkehrsmitteln .....	119

	<i>5. Teil</i>	
	<b>Die Lärmkartierung</b>	120
A.	Allgemeines .....	120
I.	Rechtsgrundlagen und Vollzugshilfen .....	120
II.	Die Lärmkartierung als Rechtspflicht .....	122
III.	Die grundsätzliche Vorgehensweise in der Praxis .....	123
IV.	Die Prioritätensetzung durch gestaffelte Vollzugsfristen .....	125
B.	Die kartierungspflichtigen Gebiete im Einzelnen .....	126
I.	Die Lärmkartierung außerhalb von Ballungsräumen .....	126
1.	Die Hauptverkehrsstraßen .....	127
a)	Die Straßenkategorien .....	127
aa)	Die Bundesfernstraßen .....	127
bb)	Die Landesstraßen .....	128
cc)	Die sonstigen grenzüberschreitenden Straßen .....	130
b)	Das erforderliche Verkehrsaufkommen .....	131
c)	Die Berücksichtigung von Teilstrecken .....	132
2.	Die Haupteisenbahnstrecken .....	132
a)	Der Schienenweg .....	132
b)	Das erforderliche Verkehrsaufkommen .....	133
3.	Die Großflughäfen .....	135
a)	Die Eigenschaft als Verkehrsflughafen .....	135
b)	Das erforderliche Verkehrsaufkommen .....	136
II.	Die Lärmkartierung innerhalb von Ballungsräumen .....	136
1.	Der Begriff des Ballungsräums .....	137
2.	Exkurs: Die Reichweite der Begriffsbestimmungen des § 47b BImSchG .....	141
3.	Die Hauptlärmquellen innerhalb des Ballungsräums .....	143
a)	Die Berücksichtigung von im Ballungsräum gelegenen bzw. zumindest auch im Ballungsräum gelegenen Hauptlärmquellen ..	143
b)	Die europarechtswidrige Nichtberücksichtigung der einwirkenden, außerhalb des Ballungsräums gelegenen Hauptlärmquellen .....	144
aa)	Die Verfehlung des Richtlinienziels als unzureichende Richt- linienumsetzung .....	144
bb)	Die Bereinigung der europarechtswidrigen Zielverfehlung ..	147
(1)	Freiwillige Ausweitung der Vollzugspraxis .....	147
(2)	Nichtanwendung der 34. BImSchV wegen Verstoßes gegen das Bundes-Immissionsschutzgesetz .....	147
(3)	Unmittelbare Wirkung der Richtlinienvorschrift .....	151
(4)	Richtlinienkonforme Auslegung der 34. BImSchV unter teleologischer Extension .....	154

cc) Zwischenergebnis zur Korrektur der Europarechtswidrigkeit ..	157
c) Zwischenergebnis zur Kartierung der Hauptlärmquellen im Ballungsraum .....	158
4. Zusätzliche zu kartierende Lärmquellen im Ballungsraum .....	158
a) Sonstige Straßen (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 der 34. BImSchV) .....	158
b) Sonstige Eisenbahnstrecken (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 der 34. BImSchV) ..	159
c) Sonstige Flugplätze für den zivilen Luftverkehr (§ 4 Abs. 1 Nr. 4 der 34. BImSchV) .....	160
d) Schienenwege von Straßenbahnen (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 der 34. BImSchV) .....	161
e) Industrie- und Gewerbegelände einschließlich Häfen (§ 4 Abs. 1 Nr. 5 der 34. BImSchV) .....	161
aa) Industrie- und Gewerbegelände .....	162
bb) Häfen .....	165
f) Das Hervorrufen erheblichen Umgebungslärms (§ 4 Abs. 1 der 34. BImSchV) .....	165
III. Keine Kartierung von Sport- und Freizeitlärm .....	167
IV. Keine Kartierung ruhiger Gebiete .....	169
V. Keine flächendeckende Kartierung .....	172
C. Die Anforderungen an Form und Inhalt der Lärmkarten .....	173
I. Die Anforderungen im Überblick .....	174
II. Die Darstellungsformen, Verwendungszwecke und grundlegenden Formvorschriften .....	174
1. Die zulässigen Darstellungsformen in Lärmkarten .....	175
2. Die Erstellung einheitlicher Lärmkarten trotz unterschiedlicher Verwendungszwecke .....	175
3. Grundlegende Formvorschriften .....	179
a) Die Georeferenzierung der Lärmkarten .....	179
b) Die digitale Erarbeitung von Lärmkarten .....	179
c) Die Erstellung von Lärmkarten zur Verwendung auf lokaler oder landesweiter Ebene .....	180
III. Die Abbildung der Lärmsituation und der Überschreitung von Grenzwerten .....	181
1. Die Darstellung in Isophonenbändern .....	181
2. Die Verwendung einheitlicher Indizes .....	182
a) Die Indizes $L_{den}$ und $L_{night}$ .....	182
b) Die vorläufigen Berechnungsverfahren .....	183
aa) Die verfassungswidrige Festlegung der Berechnungsverfahren ..	184
bb) Die Berechnungsverfahren im Einzelnen .....	185
(1) Die VBUS .....	185
(2) Die VBUSch .....	185

(3) Die VBUF .....	186
(4) Die VBUI .....	187
(5) Die Vergleichbarkeit der Rechenergebnisse .....	188
3. Die zur Darstellung ausgewählten Grenzwerte .....	188
IV. Die Darstellung in separaten Lärmkarten und der Anspruch einer Gesamtlärmbewertung .....	190
1. Die Anordnung separater Lärmkarten .....	190
2. Der Anspruch einer Gesamtlärmbewertung in strategischen Lärmkarten .....	191
3. Zwischenergebnis .....	197
V. Die Angaben zu Umgebung, Gesamtfläche und Belastetenzahlen .....	197
1. Die Beschreibung der Umgebung .....	197
2. Die Ermittlung der Belastetenzahlen .....	198
3. Die Ermittlung lärmelasteter Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser .....	201
4. Ermittlung der lärmelasteten Flächen .....	201
D. Die Verfahrensvorschriften zur Lärmkartierung .....	202
I. Die Datensammlung und -erhebung .....	202
1. Die Datenübermittlung durch Behörden .....	204
a) Der Ausschluss der Datenerhebung durch die Gemeinden .....	204
b) Die Trennung der Regelungen für Gemeinden bzw. sonstige Behörden .....	205
c) Schlussfolgerung .....	207
2. Die Datenübermittlung durch Private .....	208
a) Der Kreis der Anordnungsadressaten .....	209
b) Die weiteren tatbestandlichen Voraussetzungen .....	210
c) Die Rechtsfolgen .....	212
3. Die Datenerhebung bei Privaten .....	213
II. Die Mitteilungspflichten der zuständigen Behörden .....	217
1. Allgemeine Mitteilungen an die EU-Kommission .....	217
2. Die Bestandsmitteilungen .....	218
3. Die Mitteilung der Lärmkarten .....	219
III. Die Überarbeitung der Lärmkarten .....	220
IV. Die Veröffentlichung der Lärmkarten .....	222
E. Die Zuständigkeit im Rahmen der Lärmkartierung .....	224
I. Die Zuständigkeitsregelung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz ..	224
1. Die allgemeine Zuständigkeitsregel (§ 47e Abs. 1 BImSchG) .....	224
2. Die Indienstnahme oberster Landesbehörden (§ 47e Abs. 2 BImSchG) ..	225
3. Die gesonderte Zuständigkeit des Eisenbahn-Bundesamtes (§ 47e Abs. 3 BImSchG) .....	226

Inhaltsverzeichnis	15
4. Die Kostentragung für den Verwaltungsvollzug .....	230
5. Die formalen und informalen Zuständigkeitsverschiebungen in der Praxis .....	231
6. Die Kartierungszuständigkeiten in den Ländern im Überblick .....	233
II. Die verfassungsrechtlichen Problemstellungen bezüglich der Lärmkartierungszuständigkeit .....	234
1. Das Verhältnis der Lärmkartierung zum kommunalen Selbstverwaltungsrecht .....	235
a) Die Stellung der Gemeinden im Staatsaufbau und die Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG ..	235
b) Die Stellung der Lärmkartierung zum gemeindlichen Aufgabenkreis .....	237
2. Zur Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers für eine Kartierung durch die Gemeinden .....	240
III. Schlussfolgerungen für die Anwendung des § 47e BImSchG .....	245
F. Die Rechtsnatur der Lärmkarten .....	246
G. Die Rechtskontrolle bei der Lärmkartierung .....	247
I. Der Ausfall des unmittelbaren gerichtlichen Individualrechtsschutzes ..	247
II. Die Selbstkontrolle der Verwaltung .....	247
III. Die mittelbare Rechtskontrolle durch eine mehrstufige Inzidentüberprüfung im Rahmen des Individualrechtsschutzes .....	248
 <i>6. Teil</i>	
<b>Die Lärmaktionsplanung</b>	<b>250</b>
A. Allgemeines .....	250
I. Rechtsgrundlagen und Vollzugshilfen .....	250
II. Der Begriff der Aktionsplanung .....	252
III. Die Lärmaktionsplanung als Rechtspflicht .....	253
B. Die tatbestandlichen Voraussetzungen für die Pflicht zur Lärmaktionsplanung .....	254
I. Die aktionsplanungspflichtigen Bereiche .....	254
1. Orte in der Nähe von Hauptlärmquellen .....	255
2. Ballungsräume .....	258
II. Die Vollzugsfristen für die Lärmaktionsplanung .....	258
III. Das Auslössetatbestandsmerkmal des Vorliegens regelungsbedürftiger Lärmprobleme und Lärmauswirkungen .....	259
1. Die Vollständigkeit der Richtlinienumsetzung hinsichtlich der Auslösung der Aktionsplanungspflicht .....	261
2. Die Erforderlichkeit von Auslöstewerten .....	263

a)	Terminologische Abgrenzung .....	264
b)	Die Interessenlagen zur Festlegung von Auslösewerten .....	265
c)	Die Höhe der Auslösewerte .....	267
3.	Stellungnahme .....	269
a)	Zur Vorgabe von Auslösewerten .....	269
b)	Zur Höhe von Auslösewerten .....	271
c)	Grundlegende Gesichtspunkte der Diskussion um Auslösewerte ..	274
4.	Die Besonderheiten beim Schutz ruhiger Gebiete .....	274
C.	Die inhaltlichen Anforderungen an die Lärmaktionspläne .....	276
I.	Grundsätzliches .....	277
II.	Die Geltung des Abwägungsgebotes für die Lärmaktionsplanung .....	278
1.	Der Planungscharakter der Lärmaktionsplanung .....	278
2.	Die Geltung des Abwägungsgebotes .....	280
III.	Die Reichweite des „Ermessens“ aus § 47d Abs. 1 S. 3 BImSchG .....	283
1.	Die Wesensverschiedenheit von Ermessen und planerischer Gestaltungsfreiheit .....	283
2.	Der Streit um das „Ermessen“ zur Maßnahmenfestlegung .....	285
a)	Die Streitfrage .....	285
b)	Die Lösung anhand des Planungscharakters der Lärmaktionsplanung .....	286
c)	Die Vereinbarkeit der gefundenen Lösung mit dem Europarecht ..	290
IV.	Die Beschreibung der Ausgangslage zur Aufbereitung des Abwägungsmaterials .....	293
V.	Die abwägungsrelevanten Belange und die Kriterien zu ihrer Gewichtung .....	295
1.	Ausschluss sämtlicher nicht unmittelbar lärm- bzw. umweltschutzbezogener Belange? .....	296
2.	Die einzelnen Belange und die spezifischen Gewichtungskriterien ..	300
a)	Die Lärmbelastung .....	300
b)	Die städtebauliche Konzeption der Gemeinde .....	302
c)	Anderweitige Planungen und Planungsabsichten .....	305
aa)	Anderweitige Planungen .....	305
bb)	Anderweitige Planungsabsichten .....	306
d)	Gründe des allgemeinen Wohls .....	307
aa)	Insbesondere Naturschutzbelaenge .....	307
bb)	Insbesondere Mobilitätsbedürfnisse der Gesellschaft .....	308
cc)	Inbesondere der Schutz von Wirtschaft und Arbeitsplätzen ..	310
e)	Private Belange .....	311
f)	Kostengesichtspunkte .....	313
g)	Kein eigenständiger Belang der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	314

VI.	Die Beachtung von Planungsleitsätzen .....	315
1.	Die Ziele der Raumordnung .....	315
2.	Das Verbot vermeidbarer Natureingriffe .....	316
VII.	Die Festlegung von Maßnahmen als Kernstück der Aktionsplanung .....	316
1.	Die Vielfalt rechtmäßiger Möglichkeiten .....	316
2.	Die Festsetzungsmöglichkeiten im Einzelnen .....	320
a)	Straßen- und Schienenunterhaltung .....	320
b)	Verkehrsvermeidung und Verkehrslenkung .....	322
c)	Verhaltenssteuerung .....	326
d)	Produktauswahl .....	327
e)	Planungsbeiträge für Regional- und Fachplanung .....	327
f)	Planungsbeiträge für die Bauleitplanung .....	328
aa)	Allgemeines .....	328
bb)	Die lärmenschutzrelevanten Festsetzungen in Bebauungsplänen .....	331
(1)	Die Festsetzung von Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) .....	331
(2)	Festsetzungen mit Schutzwirkung vor Verkehrslärm .....	332
(a)	Die Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB) .....	332
(b)	Die Bauweise, die überbaubare Grundstücksfläche und die Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) .....	332
(c)	Die Festsetzung von Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB) .....	333
(d)	Die Festsetzung von Gemeinbedarfsflächen sowie von Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) ..	334
(e)	Die Festsetzung öffentlicher und privater Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) .....	334
(f)	Die immissionsschutzbezogenen Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB .....	334
g)	Besonderheiten bei Industrie- und Gewerbebetrieben .....	336
h)	Besonderheiten beim Luftverkehr .....	337
i)	Besonderheiten beim Schutz ruhiger Gebiete .....	339
VIII.	Der Sonderfall des Verzichts auf Maßnahmen .....	340
1.	Die Nutzungsbeendigung als einzige denkbare Maßnahme .....	340
2.	Der erfolgreiche Schutz eines ruhigen Gebietes .....	343
3.	Die Folge des Verzichts auf Maßnahmen .....	343
D.	Die Formvorschriften im Rahmen der Lärmaktionsplanung .....	344
E.	Die Verfahrensvorschriften für die Lärmaktionsplanung .....	344
I.	Allgemeines .....	345

II.	Behördenbeteiligung .....	345
III.	Öffentlichkeitsbeteiligung .....	347
1.	Die ausstehende gemeinschaftsrechtskonforme Umsetzung .....	347
2.	Die Anforderungen an eine richtlinienkonforme Öffentlichkeitsbeteiligung .....	348
3.	Die Rechtsfolgen der Öffentlichkeitsbeteiligung .....	351
IV.	Die Strategische Umweltprüfung bei Lärmaktionsplänen .....	354
V.	Die Mitteilungspflichten der Aktionsplanungsbehörden .....	355
VI.	Die Veröffentlichung der Lärmaktionspläne .....	355
VII.	Die Überarbeitung der Lärmaktionspläne .....	356
F.	Die Zuständigkeit für die Lärmaktionsplanung .....	356
I.	Die gesetzlichen Zuständigkeitszuweisungen im Bund und in den Ländern .....	357
II.	Die Lärmaktionsplanung als Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung ...	360
1.	Die einhellige Auffassung des Schrifttums .....	360
2.	Stellungnahme zur Auffassung des Schrifttums .....	361
a)	Die Aktionsplanung im Ballungsraum .....	361
b)	Die Aktionsplanung außerhalb des Ballungsraums .....	362
c)	Schlussfolgerungen .....	366
III.	Die Festlegung der Zuständigkeit durch den Bundesgesetzgeber .....	368
G.	Die Wirkungen der Lärmaktionspläne .....	369
I.	Die Grundsätze der Bindungswirkung .....	369
II.	Die Bindungswirkung bei Maßnahmen (§ 47 Abs. 6 S. 1 BImSchG) ...	371
III.	Die Bindungswirkung bei Planungsbeiträgen (§ 47 Abs. 6 S. 2 BImSchG) .....	375
IV.	Wirkung der Lärmaktionspläne als Optimierungsgebote? .....	377
V.	Die Besonderheiten im Bahnbereich .....	378
1.	Die Durchsetzung von Lärmaktionsplänen bei privaten Eisenbahnunternehmen .....	378
2.	Die Umsetzung der Lärmaktionsplanung bei Eisenbahnunternehmen in öffentlichem Eigentum .....	381
a)	Die Gesellschaften der Deutschen Bahn AG als Privaten gleichstehende Unternehmen .....	381
b)	Die verbleibenden Steuerungsmöglichkeiten .....	388
H.	Individualansprüche, Rechtsnatur und Rechtsschutz .....	388
I.	Zur Frage von Individualansprüchen bei der Lärmaktionsplanung .....	389
1.	Die Beurteilung nach der Schutznormlehre .....	389
2.	Keine Verschiebungen aufgrund Gemeinschaftsrechts analog der Feinstaubentscheidung des Europäischen Gerichtshofes .....	391

Inhaltsverzeichnis	19
3. Verschiebungen aufgrund der Schutzpflichtendimension der Grundrechte .....	394
II. Die Rechtsnatur der Lärmaktionspläne .....	395
III. Der Rechtsschutz gegen Lärmaktionspläne .....	397
<i>7. Teil</i>	
<b>Vorläufige Bewertung der Lärminderungsplanung</b>	399
<b>Zusammenfassung</b> .....	402
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	423
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	439